

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	25
Einleitung	27
Erster Teil: Bestandsaufnahme	33
Erstes Kapitel: Empirische Bestandsaufnahme	33
A. Parteienfinanzierung	33
I. Bestehendes Niveau und Steigerungen staatlicher Finanzierung	33
1. Direkte und indirekte Finanzierung	33
2. Verhältnis zur privaten Finanzierung	35
3. Hinweise auf Ursachen	35
II. Private Parteienfinanzierung	36
1. Legale oder illegale private Finanzierung?	36
2. Unterscheidungen in der privaten Finanzierung	37
3. Hinweise auf Ursachen	38
III. Hilfsorganisationen	38
1. Begriff	38
2. Parteinahе Stiftungen	38
a. Bestehendes Niveau und Erhöhungen staatlicher Finanzierung	38
b. Hinweise auf Ursachen	40
c. Legale oder illegale private Finanzierung?	41
3. Jugendorganisationen der Parteien	41
a. Bestehendes Niveau und Erhöhungen staatlicher Finanzierung	41
b. Legale oder illegale private Finanzierung?	42
B. Abgeordneten- und Fraktionsfinanzierung	43
I. Finanzierung der Abgeordneten	43
1. Höhe der Diäten und Erhöhungen	43
2. Spendenannahme und Nebentätigkeiten	45
3. Hinweise auf Ursachen	46
II. Finanzierung der Fraktionen	47
1. Höhe der staatlichen Fraktionsfinanzierung und Erhöhungen	47
2. Private Fraktionsfinanzierung	48
3. Hinweise auf Ursachen	49

Zweites Kapitel: Methodische Bestandsaufnahme	51
A. Verfassungsrecht	51
I. Zu Regelung und Methode	51
1. Vorhandene Regelungen	51
2. Auslegung und Güterabwägung	51
II. Optimierungsaufgabe	53
1. Definition	53
2. Zusätzliches Ziel der Funktionsfähigkeit	54
B. Verfassungsrecht und Politische Ökonomie	56
I. Kompatibilität zum Verfassungsrecht	56
1. Kompatibilitätsproblem	56
2. Zur Kompatibilität	57
a. Rational Choice	57
b. Politische Ökonomie	57
c. Social Goods	59
d. Eigenständige Aufbereitung mit einer Gütertheorie	60
II. Zur Bereicherung der Optimierungsaufgabe	60
1. Wesentliche Aspekte	60
2. Zur speziellen Perspektive der Funktionsfähigkeit	62
a. Eigene Perspektive	62
b. Zielbeziehungen	63
c. Auch zu Lösungsmechanismen	63
Zweiter Teil: Normative Anforderungen	65
Drittes Kapitel: Gütertheoretische Modellierung	65
A. Zur Modellierung der Politischen Ökonomie	65
B. Strukturierung politischen Wettbewerbs und Politikfinanzierung	67
I. Bestandteile und Funktionsfähigkeit politischen Wettbewerbs	67
1. Öffentliche Güter	67
a. Elementarer Bestandteil politischen Wettbewerbs	67
b. One Man – One Vote	69
c. Regelwerk zur Wahl	70
d. Organisation und Besetzung des Parlaments	70
2. Private Güter	71
a. Beitrag zur Funktionsfähigkeit	71
b. Gegenseitige Ergänzung	72
c. Freies Engagement in Meinung und Kommunikation	73
d. Freies finanzielles Engagement und Kommunikation	73
II. Bestandteile und Funktionsfähigkeit der Politikfinanzierung	74

1. Politikfinanzierung als Teil politischen Wettbewerbs	74
2. Öffentliche Güter und Private Güter	74
3. Grundsätzliches zu privaten Finanzierungen	76
a. Parteien	76
b. Private Finanzierung bei Abgeordneten und Fraktionen?	77
4. Grundsätzliches zu staatlichen Finanzierungen	78
a. Abgeordnete und Fraktionen	78
b. Parteien: "Nicht-Unternehmen-Ansatz"	78
III. Social-Costs-Ansatz	82
1. Social Costs und Ersparnis	82
2. Social-Costs-Ersparnis – öffentliche Güter?	83
3. Social-Costs und staatliche Parteienfinanzierung	85
4. Normative Begrenzungsgebote zu staatlichen Finanzierungen	86
a. Parteien	86
b. Abgeordnete und Fraktionen	87
c. Allgemeines Fazit	88
C. Funktionsweise der Politikfinanzierung im politischen Wettbewerb	88
I. Zur anschließenden Untersuchung	88
1. Ausgangslage	88
2. Weiteres Vorgehen	89
II. Grundsätzliches zum finanziellen Input/zu Interessen/zum Output	90
1. Interessen	90
2. Finanzieller Input und Interessen	91
3. Output	93
a. Macht – Konsumgüter	93
b. Besonders Gruppengüter	94
c. Aber auch Gemeinwohlsgüter	96
III. Verbindung Input und Output im politischen Wettbewerb	97
1. Grundsätzliches zur kollektiven Funktionsweise	97
2. Zu den nicht kompatiblen Bindungen	99
a. Tausch	99
b. Faktische Verbindlichkeit wie bei Sponsoring	99
c. Parallelaktion als weiteres Beispiel	100
d. Auch bloß Anschein von Verbindlichkeit?	101
3. Kompatible Bindungen: Bessere Partizipationschancen	102
a. Erklärungsansatz	102
b. Zur Mehrgliedrigkeit der Chancen	104
aa. Chance zum Wahlgewinn und nach dem Wahlgewinn	104
bb. Finanzieller Input für Abstimmungen?	105
cc. Responsivität	106
c. Kumulierungen zur besseren Partizipationschance: Lobbyismus	107
4. Normative Trennungsgebote zu privaten Finanzierungen	108
a. Input Privater	108
aa. Blick auf Korruption	108

bb. Korruption auch hinnehmbar?	109
cc. Ausnahmen zur Inkompatibilität – Unterscheidung zur Verwaltung	109
b. Input – Output Verbindung zum Wähler auch Korruption?	111
c. Social Costs und Trennungsgebot	112
D. Wirkungsweise politischer Wettbewerb und Politikfinanzierung	113
I. Die weitere Untersuchung	113
1. Allgemeine Überlegungen	113
2. Wahl – Stimmenmaximierung	114
II. Finanzierung der Parteien	116
1. Ursachen als Ausgangspunkt	116
2. Zum Verhältnisproblem Niveau/Erhöhungen staatlicher Finanzierung	117
a. Unsicherheit der Wahl	117
b. Kosten – Benefit Ansatz	118
c. Ungleichgewicht	120
aa. Selbstrealisierung staatlicher Parteienfinanzierung	120
bb. Oligopolgewinn	121
cc. Fremdrealisierung privater Parteienfinanzierung	122
dd. Mechanismus zum Ungleichgewicht	122
d. Zum Begrenzungsgebot staatlicher Parteienfinanzierung	123
aa. Bekräftigung wegen des Mechanismus	123
bb. Besonderer Kontrollbedarf – Steuerungsbedarf	124
3. Problem private Parteienfinanzierung	125
a. Unsicherheit der Wahl	125
b. Störung als Mechanismus	125
c. Zum Trennungsgebot in privater Parteienfinanzierung	126
aa. Bekräftigung aus Sichtweise von Störungen	126
bb. Besonderer Steuerungsbedarf	126
4. Resumee	127
III. Finanzierung der Abgeordneten	128
1. Ursachen als Ausgangspunkt	128
2. Problem Höhe und Erhöhungen der Diäten	129
a. Einkommensmaximierung	129
b. Rent – Seeking – Spezifizierung	130
aa. Künstliches Einkommen	130
bb. Tendenz zu Leistungsdefizit	131
cc. Allgemeines Fazit	133
c. Mechanismus zu höheren Diäten	133
d. Begrenzungsgebot und auch besonderer Steuerungsbedarf	134
3. Problem Spendenannahme	135
a. Einkommensmaximierung?	135
b. Störung als Mechanismus	135
c. Trennungsgebot und besonderer Steuerungsbedarf	136

4. Problem Nebentätigkeiten	136
a. Profit-Seeking-Spezifizierung	136
b. Störung als Mechanismus	137
c. Trennungsgebot auch zu den Nebentätigkeiten	138
d. Besonderer Steuerungsbedarf	138
5. Resumee	139
IV. Finanzierung der Fraktionen und Gruppen	140
1. Ursachen als Ausgangspunkt	140
2. Problem Höhe und Erhöhungen staatlicher Finanzierung	141
a. Bürokratie	141
b. Unsicherheit der Wahl	141
c. Mechanismus zu Aufgabenüberschreitungen	142
d. Begrenzungsgebot zu Aufgaben und besonderer Steuerungsbedarf	143
3. Probleme der privaten Finanzierung	145
a. Fraktionsabgaben	145
b. Spendenannahme und Nebentätigkeiten von Fraktionsabgeordneten	146
c. Zum Trennungsgebot und besonderer Steuerungsbedarf	146
4. Resumee	147
V. Finanzierung der parteinahen Stiftungen	148
1. Ursachen als Ausgangspunkt	148
2. Niveau und Erhöhungen staatlicher Finanzierung	148
a. Unsicherheit der Wahl?	148
b. Politische Bürokratie?	150
c. Politische und bürokratische Faktoren	152
aa. Bürokratische Faktoren	152
bb. Politisch – bürokratische Faktoren	154
cc. Tendenziell unendliche Aufgaben	154
d. Aufgabenbegrenzung – Steuerungsbedarf	154
3. Trennungsgebot – Steuerungsbedarf	155
4. Resumee	156
VI. Politische Jugendorganisationen	157
1. Ursachen als Ausgangspunkt	157
2. Verhältnisproblem Niveau und Erhöhungen staatlicher Finanzierung	158
a. Unsicherheit der Wahl	158
b. Zum Begrenzungsgebot – besonderer Steuerungsbedarf	158
3. Problem legale aber auch illegale private Finanzierung	159
a. Unsicherheit der Wahl	159
b. Zum Trennungsgebot – besonderer Steuerungsbedarf	159
4. Resumee	160

Viertes Kapitel: Normative Anforderungen des Verfassungsrechts	161
A. Parteienfinanzierung	161
I. Status der Freiheit der Parteien	161
1. Verfassungsrechtliche Grundstrukturen	161
2. Verhältnisproblem zur staatlichen Parteienfinanzierung	162
a. Begrenzungsgebot zum Niveau	162
aa. Rechtfertigung staatlicher Parteienfinanzierung	162
bb. Begrenzungen	163
b. Bestimmte Erhöhungen	164
aa. Anpassung an Geldwertentwicklung	164
bb. Anpassung bei Änderung in Verhältnissen	165
c. Vorkehrungen auch zur Umgehungsfinanzierung	165
d. Transparenz	165
aa. Zur Entscheidung in eigener Sache	165
bb. Klarstellung: Differenzierung zur Rechenschaft	167
3. Normative Anforderungen – Problem legaler/illegaler Finanzierung	168
a. Trennung integritätsverletzender von integritätskonformen Spenden	168
aa. Trennungsgebot	168
bb. Ausweitung des Verbots zur Integritätsverletzung	169
b. Abtrennung von integritätsverletzender Einflussnahme durch Parteien	170
c. Sanktionsgebot	171
II. Status der Gleichheit der Parteien	171
1. Auslegung	171
2. Berücksichtigung kleiner Parteien im Niveau und Erhöhungen	172
a. Teilhabegebot	172
b. Verteilung staatlicher Parteienfinanzierung	173
3. Exkurs: Auch Vorkehrungen gegen steuerliche Umgehung	174
III. Status der Öffentlichkeit der Parteien	175
1. Einordnung und Auslegung	175
2. Offenlegung des Potenzials von Korruption	177
a. Publizitätsgebot zur Einflussnahme Privater	177
b. Publizität des Potenzials der Einflussnahme durch Parteien	178
3. Rechenschaft zur Selbstfinanzierung und zum Vermögen	178
4. Rechenschaft über staatliche Parteienfinanzierung	179
a. Niveau und Erhöhungen staatlicher Mittel	179
b. Offenlegung auch zur Umgehungsfinanzierung	179
5. Offenlegung zur Verwendung und Grenzen des Offenlegungsgebotes	180
a. Verwendung	180
b. Grenzen	181
6. Sanktionsgebot	181

B. Finanzierung der Abgeordneten	182
I. Status der Freiheit der Abgeordneten	182
1. Verfassungsrechtliche Bedeutung	182
2. Problem der Höhe der Diäten	182
a. Begrenzungsgebot zum Diätenniveau	182
aa. Notwendigkeit von Diäten	182
bb. Begrenzte Einkommenshöhe	184
cc. Parteisteuern und Fraktionsabgaben	185
dd. Aufwandsentschädigung und begrenzte Altersversorgung	185
b. Bestimmte Erhöhungen von Diäten	187
aa. Geldwertanpassung	187
bb. Kein Erhöhungsplan	187
c. Transparenz	188
3. Normative Anforderungen zum Problem der Spendenannahme	188
a. Trennung integritätsverletzender von integritätskonformen Spenden	188
b. Ausweitung des Trennungsgebotes	190
c. Abtrennung auch zur Einflussnahme durch Abgeordnete	190
d. Trennung integritätsverletzender Nebentätigkeit	191
aa. Nebentätigkeit	191
bb. Nebentätigkeit und freies Mandat	191
II. Status der Gleichheit der Abgeordneten	193
1. Auslegung	193
2. Bestimmte Ausnahmen	193
III. Status der Öffentlichkeit der Abgeordneten	194
1. Verfassungsrechtliche Bedeutung	194
2. Offenlegung der Höhe der Diäten	195
a. Niveau	195
b. Erhöhungen	196
3. Publizitätsgebot	196
a. Spenden	196
b. Offenlegung auch der Nebentätigkeiten	197
4. Grenzen zur Offenlegung	197
C. Finanzierung der Fraktionen	198
I. Status der Freiheit der Fraktionen	198
1. Verfassungsrechtliche Einordnung	198
2. Normative Anforderungen zur Höhe staatlicher Finanzierung	199
a. Begrenzung im Niveau auf Aufgabenfinanzierung	199
aa. Notwendigkeit staatlicher Fraktionsfinanzierung	199
bb. Finanzierung bestimmter Aufgaben	200
b. Bestimmte Erhöhung staatlicher Finanzierung	201
aa. Geldwertanpassung	201
bb. Geänderte Verhältnisse	202
c. Transparenz	202

3. Normative Anforderungen an die private Finanzierung	203
a. Fraktionsabgaben	203
b. Trennungsgebot zu Spenden	203
c. Trennung auch zu Nebentätigkeiten	204
II. Status der Gleichheit	204
1. Gleichbehandlung der Fraktionen	204
2. Gleichbehandlung der Gruppen?	205
a. Gruppe	205
b. Zum Gleichbehandlungsgebot	206
III. Status der Öffentlichkeit	207
1. Verfassungsrechtliche Bedeutung	207
2. Offenlegung der Höhe staatlicher Finanzierung	207
3. Publizitätsgebot	208
4. Verwendung der Mittel	208
a. Umfassende Offenlegung	208
b. Grenzen zur Rechenschaft	209
D. Finanzierung der Stiftungen	209
I. Status der Freiheit der Stiftungen	209
1. Im Status der Freiheit der Parteien?	209
2. Normative Anforderungen zur Höhe staatlicher Finanzierung	213
a. Begrenzungsgebot zum Niveau auf Finanzierung der Aufgaben	213
aa. Rechtfertigung staatlicher Finanzierung	213
bb. Begrenzung	213
b. Bestimmte Erhöhungen	214
aa. Geldwertentwicklung	214
bb. Geänderte Verhältnisse	214
c. Transparenz	215
3. Normative Anforderungen zur privaten Finanzierung	216
II. Status der Gleichheit der Stiftungen	217
1. Berücksichtigung etablierter Stiftungen	217
2. Verteilungsmaßstab	217
III. Status der Öffentlichkeit der Stiftungen	218
1. Auslegung	218
2. Zur Offenlegung der Höhe staatlicher Finanzierung	220
3. Zum Publizitätsgebot	220
4. Offenlegung zur Verwendung und zum Vermögen	221
a. Rechenschaft über Verwendung	221
b. Rechenschaft zum Vermögen	221
E. Finanzierung der Jugendorganisationen	222
I. Status der Freiheit	222
1. Verfassungsrechtliche Einordnung	222
a. Artikel 21 Grundgesetz?	222
b. Eigene Spezifizierung in der staatlichen Finanzierung	223

2. Verhältnisproblem	225
a. Begrenzungsgebot zum Niveau	225
aa. Verwurzelung auch der Jugendorganisationen	225
bb. Zur absoluten Begrenzung	225
b. Bestimmte Erhöhungen	226
c. Transparenz	226
3. Korruptionsproblem	226
a. Trennungsgebot	226
b. Trennung auch zur Einflussnahme auf Private	227
II. Status der Gleichheit	227
1. Teilhabegebot für kleine Jugendorganisationen	227
2. Verteilung	228
III. Status der Öffentlichkeit der Jugendorganisationen	228
1. Offenlegung des Potenzials von Korruption	228
a. Publizitätsgebot	228
b. Publizität zur Einflussnahme durch Jugendorganisationen	229
2. Offenlegung auch zur Selbstfinanzierung	229
3. Rechenschaft über Niveau und Erhöhungen staatlicher Finanzierung	230
4. Grenzen zur Öffentlichkeitspflicht	230
Dritter Teil: Lösungen	231
Fünftes Kapitel: Lösungsvorschläge	231
A. Verhältnisproblem zur staatlichen Parteienfinanzierung	231
I. Niveau staatlicher Parteienfinanzierung	231
1. Relative und absolute Obergrenze	231
a. Relative Obergrenze	231
aa. Staatliche Teilfinanzierung	231
bb. Bemerkung zur Verwurzelung	232
b. Absolute Obergrenze	233
2. Bestehendes Niveau gerechtfertigt?	233
a. Verfassungsrecht	233
aa. Konkrete Zahl?	233
bb. Innerhalb eines Rahmens?	235
b. Beitrag der Politischen Ökonomie	236
aa. Bekräftigende und weiterführende Gründe	236
bb. Zum unteren Rahmen: Parteien – nicht Unternehmen im Wettbewerb	236
cc. Unterer Rahmen: Aus Social-Costs-Folgerungen	237
dd. Bekräftigung mit Nicht-Unternehmen-Ansatz	238
ee. Oberer Rahmen: Motivation Privater	239
ff. Ergebnis: Bandbreite zum Rahmen	240

c. Ergebnis zum heutigen Niveau	241
aa. Innerhalb des Rahmens	241
bb. Keine Verringerung der Distanz	241
d. Vorschlag zur gesetzlichen Regelung	242
aa. Einhaltung mit Bandbreite und Richtwert	242
bb. Sanktionen	243
3. Zahlenfixierung durch das Bundesverfassungsgericht	244
a. Bundesverfassungsgericht oder Gesetzgeber berufen?	244
b. Gesetzgeber und Sachverständige	246
4. Politische Jugendorganisationen	246
a. Relative Obergrenze und eigene absolute Obergrenze	246
aa. Eigene Obergrenzen	246
bb. Differenzierung zum Rahmen	248
b. Vorschlag Sachverständigenkommission im Sinne von Transparenz	249
c. Vorschlag zur gesetzlichen Regelung	249
II. Erhöhungen	250
1. Indexierung	250
a. Geldwertanpassung	250
b. Warenkorb	251
c. Sichtweise der Politischen Ökonomie	251
2. Anpassung an geänderte Verhältnisse	252
a. Verfassungsrecht	252
b. Sichtweise der Politischen Ökonomie	252
3. Vorschlag zur gesetzlichen Regelung	253
a. Unterscheidungen zu Erhöhungen	253
b. Gesetzliche Installierung der Sachverständigenkommission	253
c. Veröffentlichungspflicht und Transparenzfrist	254
B. Legale und illegale private Parteienfinanzierung – Weitere Strukturierungen	255
I. Zur legalen und zur illegalen Spendenannahme von Privaten	255
1. Spendenannahmeverbote	255
a. Verfassungsrecht	255
aa. Erwünschte und unerwünschte Spenden	255
bb. Die Spende als Einflussspende	256
b. Beitrag der Politischen Ökonomie	258
aa. Differenzierender Ansatz	258
bb. Zum Spendenannahmeverbot und politischer Korruption	260
cc. Weitere institutionenökonomische Aspekte	260
dd. Eigenständige Regelung	262
ee. Social Costs	263
2. Bisherige Regelungen ausreichend?	264
a. Verfassungsrecht	264
aa. Erweiterung zum Spendenannahmeverbot	264
bb. Eigener Spendenbegriff	265

cc. Auch Sponsoring und Parallelaktionen	267
dd. Beweislastumkehr bei Verdachtsindizien	268
ee. Frage nach Befangenheit	270
ff. Kassenverwaltung und Mandatare	271
gg. Politische Jugendorganisationen	271
b. Weitere prinzipielle Beiträge der Politischen Ökonomie	272
aa. Zu Kontakten	272
bb. Angemessenheit	272
cc. Good-old-boys?	273
c. Vorschlag einer Generalklausel zum Spendenannahmeverbot	273
aa. Generalklausel mit Enumeration	273
bb. Zum Inhalt einer Generalklausel	274
cc. Zum Inhalt einer Enumeration	275
dd. Zu den Ausnahmen	276
d. Sanktionssystem	276
3. Zusätzlicher Vorschlag: bestimmte Verwendungsverbote	277
a. Zur innerparteilichen Sphäre	277
aa. Entsprechender Schutzzweck	277
bb. Spendenannahme- und Mittelverwendungsverbot	278
b. Zur Einflussnahme auf die Wählerentscheidung	279
aa. Entsprechender Schutzzweck	279
bb. Spendenannahme-/ Mittelverwendungsverbot	280
4. Methodisches Fazit der Politischen Ökonomie	281
II. Weitere Fragen zu Strukturierungen in der privaten Finanzierung?	282
1. Obergrenzen aus Rangfolgen	282
a. Zu Problemen der Verwurzelung	282
b. Obergrenzen	283
c. Vorschlag Relative Obergrenzen im Gesetz	284
d. Sichtweise der Politischen Ökonomie: Nebenbedingungen	285
2. Besondere einzelne Grenzen in der Strukturierung	286
a. Parteieigene Medien	286
aa. Mainstream – Fließrichtung aus Verwurzelung	286
bb. Vorschlag zur gesetzlichen Regelung	288
b. Parallelverbände	289
aa. Mainstream – Als Parallelverband?	289
bb. Vorschlag zur gesetzlichen Regelung	292
C. Höhe und Erhöhungen der Abgeordnetendiäten	293
I. Höhe des Diätenniveaus	293
1. Einkommenssubsidiarität zu Spitzenämtern im Verfassungsgefüge	293
a. Rang im Verfassungsgefüge	293
b. Bestehendes Niveau gerechtfertigt?	294
aa. Verfassungsrecht	294
bb. Beitrag der Politischen Ökonomie	295
2. Begrenzte Parteisteuern und Fraktionsabgaben	297

a. Begrenzte Beiträge	297
b. Vorschlag zur gesetzlichen Regelung	298
3. Kein Pauschalieren von Kosten	299
a. Einzelabrechnung	299
aa. Verfassungsrecht	299
bb. Beitrag der Politischen Ökonomie	299
b. Vorschlag zur gesetzlichen Regelung	300
4. Mandat auf Zeit – Altersversorgung	301
a. Auf Versicherungsbasis	301
aa. Verfassungsrecht	301
bb. Beitrag der Politischen Ökonomie	301
b. Vorschlag zur gesetzlichen Regelung	302
II. Erhöhungen der Diäten	303
1. Indexierung und Automatismen?	303
a. Preisentwicklung	303
b. Keine Koppelung an Besoldungsgruppen	304
c. Ranganpassung im Verfassungsgefüge?	304
2. Beitrag der Politischen Ökonomie	305
a. Leistungsziel	305
b. Bezug auf allgemeine Einkommensentwicklung	306
3. Vorschlag zur gesetzlichen Regelung	307
D. Spendenannahme und Nebentätigkeiten bei Abgeordneten	308
I. Spendenannahmeverbot	308
1. Verfassungsrecht	308
2. Beitrag der Politischen Ökonomie	310
a. Zur Einflussnahme	310
b. Kontakt mit Angemessenheit	311
c. Good-old-boys-Schranken	312
d. Generelles Verbot?	312
3. Vorschlag zur gesetzlichen Regelung	313
a. Generalklausel mit Enumeration	313
b. Klausel zur Kassenverwaltung	315
c. Sanktion	315
4. Verbotene Verwendung für Einflussnahme auf Wählerentscheidung	316
II. Gesetzliche Vorkehrungen zu Nebentätigkeiten	317
1. Verfassungsrecht	317
a. Grundsätzliches	317
b. Kein Missverhältnis Leistung und Gegenleistung	318
c. Zur Mittelpunktregelung	318
2. Beitrag der Politischen Ökonomie	319
a. Fragwürdigkeit von Indizien	319
b. Wahrung des binären Codes	320
c. Keine Teilnahme am konkreten Entscheidungsprozess	321
3. Vorschlag zur gesetzlichen Regelung	322

a. Anzeige- und Veröffentlichungspflichten	322
b. Generalklauselregelung statt Mittelpunktsregelung	323
c. Zeitliche Beschränkung zur Nebentätigkeit	323
d. Ausschluss bei Befangenheit	324
e. Sanktion	324
E. Fraktionsfinanzierung	325
I. Höhe und Erhöhungen staatlicher Finanzierung	325
1. Obergrenze der staatlichen Finanzierung	325
a. Finanzierung der Aufgaben	325
b. Bestehendes Niveau gerechtfertigt?	327
aa. Verfassungsrecht	327
bb. Beitrag der Politischen Ökonomie	328
c. Sachverständigenkommission	329
aa. Obergrenze für staatliche Fraktionsfinanzierung	329
bb. Einbeziehung von Gruppen mit Mindestgröße	330
d. Vorschlag zur gesetzlichen Regelung	331
2. Bestimmte Erhöhungen	332
a. Indexierung	332
b. Besondere Anpassung der Obergrenze	332
c. Vorschlag zur gesetzlichen Regelung	333
II. Legale und illegale private Finanzierung	334
1. Begrenzte Fraktionsabgaben	334
2. Spendenannahmeverbot	335
a. Verfassungsrecht	335
b. Beitrag der Politischen Ökonomie	337
3. Vorkehrungen auch zu Nebentätigkeiten	337
4. Vorschlag zur gesetzlichen Regelung	338
a. Zu Fraktionsabgaben	338
b. Zum Spendenannahmeverbot	338
c. Zu Nebentätigkeiten	339
F. Finanzierung der Stiftungen	340
I. Höhe und Erhöhungen staatlicher Finanzierung	340
1. Obergrenze zur staatlichen Finanzierung	340
a. Finanzierung der Aufgaben nach Bestimmung durch Gesetz	340
b. Bestehendes Niveau gerechtfertigt?	342
c. Sachverständige und Veröffentlichungsfrist	343
aa. Verfassungsrecht	343
bb. Beitrag der Politischen Ökonomie	344
d. Vorschlag zur gesetzlichen Regelung	344
2. Bestimmte Erhöhungen	345
a. Indexierung	345
b. Anpassung der Obergrenze	346
aa. Änderung in den Verhältnissen	346

bb. Kürzungen	346
c. Vorschlag zur gesetzlichen Regelung	347
II. Spendenannahme	347
1. Spendenannahmeverbot	347
2. Vorschlag zur gesetzlichen Regelung	349
a. Generalklausel?	349
b. Zweckwidrigkeit	350
c. Sanktionen	351
 Sechstes Kapitel: Asymmetrien – Lösungsmechanismen in der Öffentlichkeit	 353
A. Asymmetrieprobleme	353
I. Asymmetrische Interessen	353
1. Lösungsmechanismen?	353
a. Verfassungsrecht	353
b. Politische Ökonomie	353
2. Zur Interessendivergenz und asymmetrischen Interessen	354
a. Verfassungsrecht	354
b. Beitrag der Politischen Ökonomie	358
II. Asymmetrische Steuerung und bereits asymmetrische Information	360
1. Verfassungsrecht	360
a. Zur Asymmetrie in der Steuerung	360
b. Grundsätzliche Steuerungssymmetrie in der parlamentarischen Demokratie	361
c. Prinzipielle Steuerungsasymmetrie in der Politikfinanzierung	365
aa. Asymmetrische Steuerung in den Zielen	365
bb. Asymmetrische Steuerung der Instrumentierung	366
d. Asymmetrische Information	367
2. Institutionenökonomische Perspektiven der Politischen Ökonomie	368
a. Strukturelle Steuerungsdefizite und Steuerungsbedarf	368
b. Perspektiven zur Behebung	369
c. Institutionen	370
B. Lösungsmechanismen im Einzelnen	372
I. Öffentlichkeit	372
II. Überwindung asymmetrischer Information	373
1. Transparenz	373
a. Als Lösungsmechanismus	373
b. Einzelne Verbesserungsvorschläge	375
aa. Transparenzfrist und Drei-Lesungen-Prinzip	375
bb. Beratende Sachverständigenkommission	376
cc. Sachverständigenkommission mit Entscheidungsbefugnis?	377
2. Rechnungslegung	378
a. Als Lösungsmechanismus	378

b. Generelle Verbesserungsvorschläge	379
aa. Veröffentlichungsform	379
bb. Vorschlag Politikfinanzungsbericht	380
c. Verbesserungen	380
aa. Zur Rechenschaft der Parteien	380
bb. Zur Rechenschaft der Abgeordneten	382
cc. Zur Rechenschaft der Fraktionen	382
dd. Zur Rechenschaft der Stiftungen	383
d. Sicherung durch Sanktion	384
III. Weitergehende Steuerung – Instrumentierung	386
1. Über die Information hinausreichendes Instrumentarium	386
2. Auftragstheoretisches Modell	386
3. Beitrag der Institutionenökonomik: Prinzipal – Agent – Modell	388
a. Prinzipal – Agent – Verhältnis	388
b. Zielkonflikt	389
c. Informations – Symmetrie und Grenzen	390
d. Lösungsmechanismus in der Konkurrenz	391
IV. Direkt-demokratische Möglichkeiten als Lösungsmechanismen	394
1. Öffentliche Meinung und weitere Instrumentierung	394
2. Beitrag der Politischen Ökonomie – Einwand Verfassungsökonomik	396
3. Vorschläge zur Ergänzung des Grundgesetzes	397
a. Sachverständigenkommission zur Politikfinanzierung	397
b. Direktdemokratische Erweiterung	398
4. Plebiszit?	399
5. Fakultatives Referendum?	399
6. Gesetzesinitiative als Lösungsmechanismus	401
a. Verfassungsrecht	401
aa. Instrument der Wettbewerbsdemokratie	401
bb. Wirksamkeit mit Drohung	402
cc. Besondere Vorteile	403
dd. Variantenlösung	404
b. Politische Ökonomie: Konkurrenzlösung im Prinzipal-Agent-Modell	405
c. Vorschlag zur gesetzlichen Regelung	405
7. Exkurs: Obligatorisches Referendum?	406
V. Zulässigkeit direkt-demokratischer Ergänzung zu Finanzbeschlüssen	408
1. Allgemein zu Finanzbeschlüssen	408
2. Politikfinanzierung?	409
VI. Einzelfragen zur Gesetzesinitiative als Lösungsmechanismus	410
1. Empfehlungen unabhängiger Sachverständiger	410
2. Quorum	411
a. Allgemein	411
b. Zur Politikfinanzierung	413
3. Bundesverfassungsgericht	413

4. Gegenvorschlag des Parlaments	415
a. Verfassungsrecht	415
aa. Optimierung zum Verfahren	415
bb. Inhaltliche Interessenkollision	416
b. Politische Ökonomie	416
Ausblick	419
Literaturverzeichnis	423
Materialien	439